

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Kurt Duwe, Dr. Wieland Schinnenburg, Katja Suding,
Dr. Thomas-Sönke Kluth, Anna-Elisabeth von Treuenfels (FDP) und Fraktion**

zu Drs. 20/6556

Betr.: Jetzt Maßnahmen zur Lärminderung umsetzen – unter Beteiligung der Bezirke!

Verkehrslärm ist ein hamburgweites Problem, über dessen Schwerpunkte seit Jahren die Bezirke bereits in mehreren Stellungnahmen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt berichtet haben. Über die im Lärmaktionsplan jetzt vorgestellten Pilotprojekte hinaus haben die Bezirke eine ganze Reihe weiterer Lärmbrennpunkte mit ähnlicher Problemstellung gemeldet, die dringend untersucht werden und für die Minderungsmaßnahmen erarbeitet und durchgeführt werden müssten. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass lärmindernde Maßnahmen an einer Stelle nicht stärkere Verkehrsbelastungen an anderer Stelle zur Folge haben oder zu Beeinträchtigung der Luftqualität und Verkehrssicherheit führen würden.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. der Bürgerschaft in einer Ergänzungsdrucksache bis 30.4.2013 aufgeschlüsselt nach Bezirken mitzuteilen, welche weiteren lärmschutzrelevanten Meldungen und Beschlüsse der Bezirke beziehungsweise der Bezirksversammlungen den Senat seit dem 01.01.2012 erreicht haben.
2. die im Lärmaktionsplan Stufe 2 – 2012/2013 vorgestellten Pilotprojekte sowie die in den einzelnen Stellungnahmen der Bezirke zusätzlich vorgeschlagenen Maßnahmen in Hinsicht auf Wirksamkeit und Realisierbarkeit zu bewerten, daraus eine endgültige Liste von Pilotprojekten mit verbindlichem Zeit- und Kostenplan zu entwickeln und der Bürgerschaft bis zum 30.6.2013 zu berichten.
3. die unter 2. ermittelten Maßnahmen bis Ende 2014 umzusetzen.
4. parallel zu den unter 2. untersuchten Projekten anhand der Lärmkarten weitere Maßnahmen zu entwickeln, damit über 2014 hinaus kontinuierlich der Lärm in der Stadt gemindert wird.
5. bei der Umsetzung von lärmmindernden Maßnahmen negative Auswirkungen auf die Luftqualität und die Verkehrssicherheit sowie eine Verdrängung von Verkehr auf andere Straßen zu vermeiden.